



Die Bundesräte Adolf Ogi (links) und Arnold Koller 1992 im Bundesbrief-Archiv in Schwyz: Der Bundesrat habe dem Volk «mit seinem guten und ehrlichen Entscheid» reinen Wein eingeschenkt.

Der schwarze Montag

Europapolitik Am Tag nach dem Ja des Volks zu Weltbank und IWF beschloss der Bundesrat, das Gesuch um die Aufnahme von EU-Beitritts-Verhandlungen zu stellen. Der Entscheid vom 18. Mai 1992 hatte grosse Folgen.

SYNES ERNST

Montag, 18. Mai 1992. Ein lauer Frühlingsabend in Bern lockte die Menschen ins Freie. Im Garten vor seinem Haus öffnete der einflussreiche Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands und FDP-Nationalrat Otto Fischer eine Flasche feinsten Rotweins, um mit SVP-Nationalrat Christoph Blocher anzustossen. Es war aber kein Kummertrunk, zu dem sich die beiden führenden Männer der politischen Rechten privat trafen. Die Stimmberechtigten waren am Tag zuvor Blochers und Fischers Nein-Parole nicht gefolgt und hatten den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods (Internationaler Währungsfonds und Weltbank) mit einer Mehrheit von 55,8 Prozent gutgeheissen.

Blocher und Fischer hatten an diesem Montag gleichwohl allen Grund zu feiern. Denn im Verlauf des Tages war durch eine Indiskretion bekannt geworden, dass der

Bundesrat an einer Sitzung beschlossen hatte, bei der Europäischen Union (EU) ein Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu stellen. «Damit hat die Landesregierung offen ausgesprochen, dass der Beitritt zum EWR nur ein erster Schritt auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft sein könnte. Otto Fischer und ich sahen plötzlich eine geringe Chance, dass Volk und Kantone den EWR-Beitritt ablehnen könnten», erinnert sich Christoph Blocher heute. Auf dieses «mögliche Wunder» hätten er und Fischer angestossen.

Dieses «Wunder» wurde tatsächlich wahr. Obwohl Meinungsumfragen noch eine Zustimmung von bis zu 80 Prozent signalisierten, sagten die Stimmberechtigten Nein. Nach einem emotional geführten Abstimmungskampf verwarf das Volk am 6. Dezember 1992 den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschafts-

raum (EWR) mit einem knappen Mehr von 50,3 Prozent. Von den Kantonen waren nur sechs Voll- und zwei Halbkantone dafür (BL, BS, FR, GE, JU, NE, VS und VD). Den Katzenjammer bei den Befürwortern brachte der freisinnige Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz auf den Punkt, als er von einem «schwarzen Sonntag» sprach.

Sein Amtskollege, der damalige Justizminister Arnold Koller, bezeichnet heute vielmehr den 18. Mai als «schwarzen Montag». Der Christdemokrat hatte sich an der Bundesratssitzung

zusammen mit Kaspar Villiger (FDP) und Otto Stich (SP) gegen die Einreichung des Gesuchs gewehrt. Delamuraz, René Felber (SP), Flavio Cotti (CVP) und Adolf Ogi (SVP) hatten sich dafür engagiert. «Für mich war dieser Entscheid eine grosse Enttäuschung, weil ich überzeugt war, dass dies uns in der Abstimmung über den EWR-Beitritt schaden würde», meint Koller heute. Als Leiter des Kontaktgremiums Bund-Kantone habe er die Stimmung in den Kantonsregierungen sehr gut gekannt, weshalb ihm schon damals klar gewesen sei, dass das Gesuch zu einer Belastung werden würde. «Es war letztlich eine Steilvorlage für die Gegner.»

Diese Einschätzung teilt der frühere Staatssekretär und EWR-Chefunterhändler Franz Blankart. «Den EWR-Gegnern wurde das stärkste Argument gegen den EWR auf dem Silbertablett serviert. Ob das uns passt oder nicht – für die meisten EWR-Gegner war der 6. Dezember 1992 eine EU-Beitritts-Abstimmung.» Entsprechend bezeichnet auch der frühere Finanzminister Stich in seiner unlängst erschienenen Autobiografie «Ich blieb einfach einfach» das Beitrittsgesuch schlichtweg als «verhängnisvoll». «Es hat den EWR verunmöglicht.»

Hinter den Kulissen

Wie ist es dazu gekommen? Am 17. Mai 1992 war das Schweizervolk in sieben Abstimmungen siebenmal den Anträgen des Bundesrats gefolgt. «Das war für uns alle ein freudiges Ereignis», erinnert sich alt Bundesrat Koller. Von der «euphorischen Stimmung», die gemäss einigen Zeitzeugen angeblich wegen der Zustimmung zu den Bretton-Woods-Institutionen im Bundesrat geherrscht haben soll, war an der Sitzung vom Montag nichts mehr zu spüren. Stich erlebte sie als «flau», und das Gespräch mit Vizepräsident Ogi erweckt den Eindruck, als sei sie eher gedrückt gewesen. Die Sitzung war aus Rücksicht auf die beiden

dossierführenden Bundesräte auf Montag früh anberaumt worden. Delamuraz hatte gleichentags einen Konferenztermin in Paris, und Bundespräsident Felber musste noch am selben Morgen für eine Krebsoperation ins Spital einrücken. Eine eigentliche Traktandenliste lag laut Stich nicht vor, was sein Kontrahent Ogi jedoch bestreitet. Jedenfalls hat sich der SVP-Vertreter im Bundesrat, dessen Stimme am Schluss ausschlaggebend war, vom Freitag an intensiv mit der schwierigen Frage auseinandergesetzt. «Ich habe mir die Sache hin und her überlegt und habe mich dann für das Ja entschieden. Wichtig war für mich immer, im Interesse dieses Land alle Optionen offenzuhalten und im richtigen Moment zu entscheiden. Nur so können wir verhindern, dass wir dauernd aus der Defensive heraus reagieren müssen», schreibt Ogi seine damaligen Überlegungen. Mitgespielt hat bei ihm auch ein gewisses Mitgefühl für Felber, mit dem er sich sehr gut verstand.

Ogi und das Trainingslager

Der Antrag des Departements für Aussenpolitik (EDA) war nur mündlich gestellt. Trotzdem war er kein Schnellschuss, denn im Gesuch formulierte der Bundesrat nur, was in Berichten und öffentlichen Statements von Regierungsvertretern schon bekannt war. So hatte der Bundesrat 1991 mehrmals betont, dass er den EWR als Etappe auf dem Weg in die EU betrachte, das prioritäre Ziel der schweizerischen Integrationspolitik. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch der legendäre Spruch Ogis vom EWR als «Trainingslager» für den Beitritt zur EU. Solche Signale machten für alt Staatssekretär Blankart damals schon klar, «dass der EWR verloren war». Ogi aber steht auch rückblickend zu seiner Aussage. «Erst im Training stellt sich nämlich heraus, ob man fit ist für den Ernstkampf, das heisst, ob man später der EU beitreten soll oder nicht.»

Entscheidend ist für den SVP-Politiker auch heute noch, dass der Bundesrat nicht ein Beitrittsgesuch beschloss, sondern ein Gesuch um die Aufnahme von Verhandlungen. «Auf diesen Abschnitt habe ich besonderen Wert gelegt», sagt er. Mit Verhandlungen sei noch nichts entschieden. «Denn aus Verhandlungen resultiert ein Ergebnis, über welches das Parlament und dann das Volk in letzter Instanz entscheidet.»

Der Bundesrat habe dem Volk «mit seinem guten und ehrlichen Entscheid» reinen Wein eingeschenkt und das zum genau richtigen Zeitpunkt, meint Ogi.

«Wenn wir das nach einem Ja zum EWR getan hätten, wäre sich das Volk verraten vorgekommen. Jetzt wusste es, was auf es zukommen würde.» Gegner und Medien hätten diese Zusammenhänge bewusst ausgeblendet und stattdessen von «Beitrittsgesuch» gesprochen, beklagt sich Ogi noch 20 Jahre später.

Alt Bundesrat Koller hält die Frage, ob es nun ein Beitrittsgesuch oder nur ein Gesuch um die Aufnahme von Verhandlungen gewesen sei, für irrelevant. «Das Timing war schlecht, weil man vor der Abstimmung über den EWR-Beitritt stand. Daher war es ein falsches Signal, das da aus dem Bundeshaus kam.» Für problematisch hält er auch, dass der Entscheid in einer derart zentralen Angelegenheit so knapp ausgefallen sei. «In einem solchen Fall muss man die Abstimmung verschieben. Den Makel, der einem solchen Beschluss anhaftet, bringt man nicht mehr weg.»

Unbestritten ist, dass die Debatte um den EWR/EU-Beitritt den Aufstieg der SVP in den 1990er-Jahren massiv gefördert hat. «Damit war klar: Man hatte über die Unabhängigkeit des Landes abzustimmen», sagt Christoph Blocher. Nur so sei auch die Rekordstimmeteiligung von 78,7 Prozent am 6. Dezember 1992 zu erklären. Mit ihrem Widerstand sei es der SVP gelungen, sich gerade in den konservativen Kantonen der Innerschweiz und der Ostschweiz, wo sie bis dahin praktisch nicht existent war, als die Partei zu profilieren, «welche für die Erhaltung der schweizerischen Souveränität kämpft».

SCHWEIZ-EU

Meilensteine einer Beziehung

3. Dezember 1972 Das Freihandelsabkommen Schweiz-EWG wird mit 72,5% Ja zu 27,5% Nein angenommen.

2. Mai 1992 12 EU- und 7 EFTA-Staaten unterzeichnen den EWR-Vertrag.

17. Mai 1992 Ja der Schweiz zum Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds.

18. Mai 1992 Der Bundesrat beschliesst mit 4 gegen 3 Stimmen, bei der EU ein Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu stellen.

6. Dezember 1992 Schweiz lehnt den Beitritt zum EWR mit 50,3% Nein ab.

12. Dezember 1994 Die Schweiz und die EU eröffnen die Verhandlungen zu den bilateralen Abkommen I und unterzeichnen diese am 21. Juni 1999.

21. Mai 2000 Die Schweiz stimmt den sieben bilateralen Abkommen I zu.

4. März 2001 Die Volksinitiative «Ja zu Europa!» wird mit 77% Nein abgelehnt.

25. Juni 2004 Die Schweiz und die EU paraphieren bilaterales Abkommen II.



Schreiben des Bundesrats vom 20. Mai 1992 an die EU-Kommission.

5. Juni 2005 Die Schweiz nimmt Teilnahme an Schengen/Dublin mit 54,6% Ja an.

25. September 2005 Die Schweiz stimmt der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens und der Revision der flankierenden Massnahmen mit 56% Ja zu.

beratung
und
betreuung

www.bb-vorsorge.ch

Für gute Vorsorge. **B&B**